Endlösung der Berliner Instandbesetzungs– frage oder Neues vom Dialog Zwischen Staat und Jugend

Montag,22.Juni 1981
Gegen 4 Uhr morgens tauchen größere Polizei–einheiten in der Anhalterstraße 7 vor dem auto–nomen Kulturzentrum Kreuzberg (KUKUCK) auf, riegeln die Zufahrtswege hermetisch ab, postieren Sonderkommandos des SEK auf den Dächern des großen Gebäudekomplexes und und dringen in die Wohnungen der Instandbe–setzer sowie die Kultureinrichtungen ein. Obwohl die Besetzer der Polizeidie Schlüssel für alle Räume anboten,zogen diese es vor,die Türen einzutreten; Farbeimer wurden über Schreibtischen und Betten ausgeleert und anderes Instandsetzungs–material mutwillig zerstört. Alle Besetzer wurden festgenommen, erkennungsdienstlich mißhandelt und mehrere Stunden in verschiedenen Revieren festgehalten. Beschlagnahmt wurden letztlich nur ein Autoradio und die Fernsehantenne,die die Bullen vom Dach montierten.Zur gleichen Zeit erschien die Polizei auch in der seit September besetzten Mittenwalderstr. 45 und täuschte eine Durchsuchung vor, die sich dann aber als Räum–ung entpuppte.Während dieser Aktion flogen Möbel aus dem Fenster.Leibesvisitationen wurden ausschließlich bei Frauen in Gegenwart von männ–lichen Polizisten bei gleichzeitigen unflätigen Beschimpfungen(Untermensch , Votze etc.) durch–geführt. Die Bauarbeiter gingen mit Spaten/Holz–bohlen auf Journalisten und Vertreter der Bürger-initiativenlos, während die Polizei tatenlos ZU–schaute., Am Tag darauf brach trotz Bewachung von Bauarbeitern und Wachpersonal (AHA !!!) in sämtlichen Etagen Feuer aus, welches das Haus nun gänzlich unbewohnbar machte. – ein Haus,das sich nach Gutachten von Fachleuten in einwandfreiem baulichen Zustand (Z,B. durch–gängig gekachelte Bäder)befindet und durch die Investition von lediglich 85000 DM bei Selbst–hilfe vollständig instandgesetzt werden kann . Stattdessen soll dort nach Plänen der Privaten Spekulanten eine Luxusmodernisierung durch – geführt werden,die einerseits den Steuerzahler per Abschreibung – und Subventionszahlungen 3,7 Mill. kostet, andererseits die Mieten verdrei–fachen läßt. Dazu ein Zitat aus der Frankfurter Rundschau vom 24.6.81 :
'Was das am Montag freigemachte Mietshaus in Kreuzbergs Mittenwalderstr. anbelangt, so hatte das Oberverwaltungsgericht vor einiger Zeit aus–drücklich festgestellt,daß die Polizei keineswegs gezwungen sei,sich für diebeabsichtigte Profit – maximierung zu schlagen . Genau dies hat aber der CDU – Minderheitensenat von der Polizei am Montag verlangt. Insofern mag Lummers erste größere Polizeiaktion einen gewissen Symbolwert für die neue Regierung haben.'
Dies läßt auch weiterhin darauf Schließen,daß die CDU jetzt unnd in Zukunft die auf Korrup–tion beruhende Zusammenarbeit zwischen Spe – kulanten und Senat über die Köpfe der Betroffenen hin weg zum Höhepunkt treibt. In dieses Bild paßt auch das Durchsuchungsspektakel im Laufe des Vormittags (22. 6.) . In der Eisenacherstr. 103 diente ein Radio, mit dem man den Polizeifunk vielleicht hätte empfangen können als Vorwand, um das ganze Haus zu durchsuchen und alle Be – setzer im BKA – Computer zu registrieren. So auch in der Goltzstr 30 . Innerhalb von 15 Min war der gesamte Winterfeldtplatz von ca. 400 Bullen abgesperrt. Die Besetzer sahen sich völlig unvorbereitet mit der Staatsgewalt von allen Sei– ten (KEller , Dach , Hinterhof) kon frontiert.
Die 13 Anwesenden Bewohner wurden in der Gall–witzalle (Lankwitz) 5 Stunden lang gefangenge–halten, verhört und erkennungsdienstlich mißhan–delt. Sie wurden von der Polizei bedroht, beleidigt und gedemütigt. Die Frauen wurden wiederum ge zwungen sich völlig zu entkleiden. In der Zwischen zeit beschlagnahmte die Baupolizei das Haus unter dem Vorwand mangelnder Sicherheitsvorkehrungen – Mängel, die zum Teil jahrelang vorher existierten, weil der Besitzer (kath. Kirche) die Instandhaltung (Treppengeländer, Dach usw.) seit 1965 gezielt unterließ. Wenn die Instandbesetzer jetzt die Be–seitigung dieser Mängelangehen, werden ihnen un–fertige Arbeiten als ' Sachbeschädigung' angelastet. Auch diese neue Vorgehensweise muß in die Taktik des Senats eingeordnet werden, ' rechtliche Grund–lagen', sogenannte ' Sachzwänge' zu schaffen, die dann einer Räumung und die Durchsetzung der Spekulanteninteressen 'erfordern'.
Damit zeigt sich wieder ganz deutlich, daß die ach-so-gelobte 'Berliner Linie der Vernunft' eine bodenlose Farce ist; die Wohnungspolitik wird in gleicher Weise fortgesetzt wie schon seit Jahrzehn–ten. Dem Protest und der Wut gegen diese skanda–löse Machenschaften wird jedoch generell mit dem Polizeiknüppel begegnet, die Staatsgewalt zieht es vor soziale Mißstände, wenn sie an die Öffentlich–keit gelangen, mit brutaler Gewalt zu verschleiern, anstatt sie zu lösen.
DAS ERGEBNIS VON MONTAG 22. 6. 81
– 173 Verhaftungen
– zahlreich Verletzungen bei Demonstranten, Passanten und Journalisten
– Behinderung der Sanitäter bei ihrer Arbeit

MAASSENSTR .11, 13
Die Baugenehmigungen sind vorhanden, die Finanzierungen gesichert; beide Häuser sind im LaMod 81
Die Ausschreibung der Bauvorhaben läuft zur Zeit und die Auftragsvergabe ist im Herbst möglich.

POTZDAMERSTR. 130
Eine Baugenehmigung liegt auch hier vor, aber die Modernisierungskosten sind der NH zu hoch (!!!).
Es gibt verschiedene Kaufinteressenten für dieses Haus, aber anscheinend ist die NH bereit auf Verhandlungsmodelle einzugehen.

POTZDAMERSTR. 139
Es soll ein Nutzungsvertrag mit den Bewohnerinnen abgeschlossen werden. Dieses Haus ist allerdings im eigentlichen Sinne nie besetzt worden, da die Bewohnerinnen schon vor der Übernahme des Hauses mit der NH verhandelten und das Haus ihnen sozusagen versprochen wurde.

POTZDAMERSTR. 157, 159
Die Baugenehmigung ist vorhanden, das Haus ist im LaMod 81 und der Finanzierungsvertrag ist unterschrieben; mit der Auftragevergabe ist im Herbst zu rechnen.

WINTERFELDTSTR. 36, 38
Die Baugenehmigungen sind vorhanden, beide Häuser sind im LaMod 81; auch hier soll die Auftragsvergabe noch im Juni sein.
Das Haus 36 hat allerdings vor einiger Zeit eine Aufnahmein das Sozialpädagogische Institut der Arbeiterwohlfahrt (SPI) beantragt, das angeboten hat einige instandbesetzte Häuser aufzukaufen.

STEINMETZSTR. 21
Auch hier ist die Baugenehmigung schon vorhanden das besetzte Haus ist im LaMod drin, die Auftragsvergabe soll noch im Juni sein.

BLUMENTHALSTR. 13, 14, 15
Eine Baugenehmigung liegt schon vor, allerdings ist mit der Auftragsvergabe nicht vor dem nächsten Jahr zu rechnen.

FROBENSTR. 10
Die Baugenehmigung ist vorhanden, auch dieses Haus ist im LaMod 81, alerdings erfolgt demnächst eine erneute Ausschreibung da bei der ersten Ausschreibung der Bauvorhaben die Modernisierungskosten über den vorgesehenen Rahmen; d. h. 60 % der Neubaukosten gestiegen waren.

DENNEWITZSTR. 24
Ist im Landesmodernisierungsprogramm (LaMod) 81 aufgenommen, die Baugenehmigung liegt schon vor, Auftragsvergabe an Baufirmen soll noch im Juni sein.

GOEBENSTR. 8
Die Baugenehmigung ist vorhanden und die Auftragsvergabe erfolgt nach Fertigstellung der Neubauten gegenüber (demnächst!).

BÜLOWSTR. 52, 54, 55
Hier hat die NH Bestandsschutz dieser Gebäude für 10 Jahre beantragt. Ursprünglich vorgesehen war der Abriss sämtlicher Seitenflügel und Hinterhäuser sowie die Luxusmodernisierung der Vorderhäuser.

WINTERFELDTSTR. 20,22,24
Die Baugenehmigungen sind vorhanden, Finanzierung gesichert und die Auftragsvergabe an die Baufirmen ist noch im Juni.

BÜLOWSTR. 89
Gegen die Instandbesetzer dieses Hauses soll nach dem 30. 6. 81 Strafantrag gestellt werden. Die Aufträge für Bauarbeiten sind schon an Firmen vergeben. Die NH will ' Umsetzangebote' machen.
Dies kann keine Lösung für die Besetzer sein, da eine Luxusmodernisierung verhindert werden soll.

Dies sind die Bauvorhaben der Neuen Heimat, einer sogenannten gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft.
Bleibt die Frage, was mit den Instandbesetzer(n)/innen geschehen soll, die sich gegen diese wahnwitzigen Bauvorhaben zur Wehr setzen? Genaue Antworten blieb Schimmel uns schuldig: 'Unser Interesse ist es, einen Großteil der Häuser nach unseren Vorstellungen zu sanieren.' 'Ein Teil der Häuser muß herausgegeben werden, ansonsten müßten sie mit POLIZEIGEWALT geräumt werden.'
Auf die Frage der Gesprächsbereitschaft der NH mit den Besetzern wurde er auch nicht konkreter:'Politische Gremien haben zu entscheiden. Die NH ist durch die Sanierungsverträge weisungsgebunden.'
Wem nützen Sanierung und Abriss?
Den Mieter/innen bestimmt NICHT!

Wir bleiben drin !!!